

Erschienen in: Baumann, Marcel et al. (Hrsg.): *Friedensforschung und Friedenspraxis*. Frankfurt/Main 2009, S. 42-56.

## Quo vadis Friedensforschung?

### 1. Es war einmal: die kritische Friedensforschung.

Das AFK-Kolloquiums 2007 stand unter dem Thema „Ambivalenz der Wissensgenerierung und der Wissensverwendung in den Sozialwissenschaften“. Hinter dem verklausulierten Begriff der *Wissensgenerierung* verbarg sich die Frage, ob Friedensforschung normativ sein könne und dürfe. Wissenschaft, so wurde argumentiert, müsse objektiv sein. Eine normative Zielsetzung aber verfälsche diesen Anspruch, mache Friedensforschung unwissenschaftlich. Es mag erstaunen, dass eine solche Fragestellung im Kreise der Friedensforscherinnen und Friedensforscher überhaupt thematisiert wird, scheint doch „Frieden“ per se ein normativer Begriff zu sein, gilt doch die Herstellung und/oder Festigung eines gesellschaftlichen Zustands, der durch die Abwesenheit von Gewalt gekennzeichnet ist, als eminentes Ziel friedenswissenschaftlicher Forschung und daraus abgeleiteter Handlungsorientierung. Forschung im Dienste einer friedlicheren Welt zielt auf die Abwesenheit offener Gewalt, schließt aber auch die Abwesenheit struktureller Gewalt ein.<sup>1</sup> Dies ist es, was unter „positivem Frieden“ verstanden wird: Ein Zustand, der weit über Krieg und offene Gewaltanwendung hinausgeht. Eine diesem Ziel verpflichtete Friedens- (und Konflikt-) Forschung ist daher wesentlich normativ determiniert. In diesem Sinne steht sie konsequent in der Tradition Immanuel Kants.

Dieses Selbstverständnis stand zu Beginn der bundesdeutschen Friedensforschung außer Frage: Sogar Karl Kaiser, der von der Friedensforschung bald zur Politikberatung wechselte, schrieb 1970:

*„Moderne Friedensforschung zeichnet sich durch ein Engagement zum Frieden (Hervorhebung im Original) aus. ... Dieses Merkmal bringt zum Ausdruck, dass es sich um eine wertorientierte Wissenschaft handelt. Zwar kann an dieser Stelle auf die wissenschaftstheoretische Problematik dieser Frage nicht im Einzelnen eingegangen werden, jedoch will das oben angeführte Charakteristikum einmal darauf hinweisen, dass ... normative Aussagen nicht in den au-*

---

<sup>1</sup> Galtung, Johan/ Krippendorff, Ekkehart: Prinzipien einer Friedensforschung, die als Friedenswissenschaft wird auftreten können. Positionspapier, Alicante im Januar 2007.

*Berwissenschaftlichen Bereich verwiesen werden. Der Wert „Frieden“ ist also das ausschlaggebende Relevanzkriterium für die Inangriffnahme und Bewertung von Forschung sowie die Bewertung der Wirklichkeit selbst. ... Friedenswissenschaft ist also der Durchsetzung des Friedens verpflichtet, so wie die Politikwissenschaft der Erhaltung und Durchsetzung der Demokratie verpflichtet ist.“<sup>2</sup>*

Damals, zu Beginn der 70er Jahre galt Normativität als das entscheidende Kriterium dieser Disziplin, durch das sie sich von anderen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen wie insbesondere weiten Teilen der empirischen Sozialforschung unterschied. Interessant erscheint in obiger Definition der Hinweis auf die – selbstverständliche! – Normativität der Nachbardisziplin Politikwissenschaft. Und in der Tat: Auch die Politikwissenschaft ist eine eminent *politische*, also *normative* Wissenschaft. Sie verstand sich in ihrer Gründungszeit in der alten Bundesrepublik Deutschland ganz selbstverständlich als Demokratiewissenschaft. Sie verfolgte damit ein – normatives! – Ziel, das unmittelbar aus der Nazibarbarei erwuchs. Explizit normativ verstanden sich auch die „Gründungsväter“ der Politikwissenschaft Bergstraesser und Eschenburg, genauso wie ihr theoretischer Antipode Wolfgang Abendroth. Ihnen allen ging es um das, was Bergstraesser „*die gute Gesellschaft*“ nannte, die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eine konstitutionelle Basis gefunden hatte. Es ist daher kein Wunder, dass die Berufsvereinigung der dt. Politologen bis heute „Deutsche Vereinigung für *Politische* Wissenschaft“ heißt, dass die universitären Einrichtungen, an denen die Disziplin verortet ist, Seminare oder Institute für *politische* Wissenschaft heißen – wer denkt heute noch daran? Dass dies so ist, ist nicht Zufall, sondern Absicht, es war identitärer Ausweis der sich im post-nazistischen Deutschland etablierenden (und von den Siegermächten gewollten) Disziplin. Es ist daher nur folgerichtig, dass dies erst recht für die Friedenswissenschaft und ihr Selbstverständnis galt.

Dem steht gegenüber jener Strang des Selbstverständnisses der Sozialwissenschaften, der sich als „positive“ Wissenschaft im Sinne der Naturwissenschaft sieht. Dieser Anspruch ist uralte und erlebt immer wieder Auferstehungsversuche. Das Postulat, die Sozialwissenschaften, insbesondere die Soziologie, zu einer objektiven

---

<sup>2</sup> Kaiser, Karl: Friedensforschung in der Bundesrepublik, Göttingen o. J. (1970), S. 58.

Wissenschaft zu machen, stammt von den Ahnvätern der Soziologie Auguste Comte und Henri de Saint-Simon. Aus der Definition der Soziologie als einer Naturwissenschaft leiteten sie nicht nur den Anspruch ab, „positive“, wissenschaftlich unwiderlegbare Ergebnisse zu liefern, sondern auch einen Führungs- und Herrschaftsanspruch für die „Experten“, die Gestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage der gesicherten Ergebnisse der Sozialwissenschaft vorantreiben sollten.<sup>3</sup> Bereits hier zeigt sich, welch kurze Beine das Bekenntnis zur „Wertfreiheit“ hat: Die Forderung nach Errichtung einer Expertokratie war ihrerseits ebenso wenig wertfrei wie frei von Interessen ...

Nun geht es hier nicht darum, nochmals den Werturteilsstreit zu diskutieren.<sup>4</sup> Gesellschaftswissenschaften sind und bleiben *per se* normativ. Die Formulierung objektiver, ein für allemal gültiger Gesetze wie beispielsweise in den Naturwissenschaften, ist nicht möglich, denn die Sozialwissenschaften interagieren mit ihrem Forschungsgegenstand, tragen somit zu dessen Veränderung bei, so wie dessen Veränderungen auf die wissenschaftliche Analyse zurückwirken. Zudem sind Gesellschaften historischen Wandlungsprozessen unterworfen, die ihrerseits den Forschungsgegenstand permanent verändern. Die Trennung von forschendem Subjekt und untersuchtem Objekt ist daher eine Fiktion, die zwar den Komplex der Sozialwissenschaften gegenüber den Naturwissenschaften heilen soll, dieses aber nicht vermag.

Dies alles gilt umso mehr, wenn es um den Begriff „Frieden“ geht – wie auch immer wir ihn definieren. Denn in den Definitionen liegen bereits sehr oft unterschiedliche Normativitäten – ausgesprochene und unausgesprochene. *Friedensforschung* ist charakterisiert, um dem bereits zitierten, jüngst von Johan Galtung und Ekkehart Krippendorff verfassten Papier zu folgen, „*durch ihre unbedingte pazifistische Kodierung*“. Sie ist einem Ziel verpflichtet, das zugleich ihren Weg bestimmt.

Eine solche eindeutige normative Zielsetzung ist der Ausgangspunkt von Immanuel Kants Traktat „Zum ewigen Frieden“, in dem wesentliche Grundsätze des modernen Völkerrechts entwickelt werden, wie insbesondere das Nichteinmischungsgebot, die souveräne Gleichheit der Staaten, das Gewaltverbot in den internationalen Bezie-

---

<sup>3</sup> U.A. Dreitzel, Hans Peter: Sozialer Wandel, Neuwied und Berlin 1972 (2)., insbes. S. 23 - 40

<sup>4</sup> S. u. a.: Habermas, Jürgen/Luhmann, Niklas: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt/Main 1971.

hungen ... Dass es einer sehr selektiven Wahrnehmung der Kant'schen Gedankenführung bedarf, um auf der Grundlage dieser Schrift jenes Theorem vom Demokratischen Frieden (und losgelöst vom Kant'schen Gedankengebäude nur dieses!) zu entwickeln, das mancherorts heute so hoch gehandelt wird,<sup>5</sup> soll hier nicht weiter verfolgt werden.

Vielmehr geht es um die normativen Grundannahmen, mit denen vor rund 40 Jahren die „Kritische Friedensforschung“ angetreten ist als eine Disziplin, die sich der Schaffung einer besseren, gewaltfreien Welt verpflichtet fühlte. Folgerichtig verankert Karlheinz Koppe<sup>6</sup> den Ursprung der modernen Friedenswissenschaft in Deutschland im Jahre 1957, als jene 18 Göttinger Wissenschaftler gegen die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden protestierten. Damit ist die Geburtsstunde der Friedenswissenschaft und Friedensforschung zugleich auch die der deutschen Friedensbewegung („Kampf dem Atomtod“): Auschwitz und Hiroshima waren die zentralen Stichworte, die aus einer noch gegenwärtigen Geschichte stammten. Aus ihnen wurde die moralische Pflicht abgeleitet, gegen Aufrüstung, Massenvernichtungswaffen politisch ebenso wie wissenschaftlich vorzugehen. Solchen Prinzipien verpflichtete Wissenschaft musste notwendigerweise politisch, normativ und einem humanistischen Ethos verpflichtet sein.

Der sich bewusst „kritisch“ nennenden Friedensforschung der frühen 70er Jahre ging es auch und bisweilen vor allem um die Kritik der eigenen Gesellschaft, die Aufrüstung und Militarisierung betrieb: So forderte Krippendorff 1970: „eine bewusst wertorientierte Wissenschaft in Richtung auf eine Formel: ‚Wenn Du den Frieden willst,

---

<sup>5</sup> Kant fordert in seinem ersten Definitivartikel, dass die Verfassung der Staaten die republikanische sein müsse, damit Krieg vermieden wird: „Nun hat aber die republikanische Verfassung außer der Lauterkeit ihres Ursprungs ... noch die Aussicht in die gewünschte Folge, nämlich den ewigen Frieden; wovon der Grund dieser ist. – Wenn ... die Beistimmung der Staatsbürger dazu gefordert wird, um zu beschließen, ob Krieg sein solle, oder nicht, so ist nichts natürlicher als dass, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten ... sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen.“ (Reclam, Stuttgart 1984, S. 12f) Kant wettert in diesem Artikel gegen den absolutistischen Staat, dessen Entscheidungsträger die Folgen des Krieges nicht zu tragen haben, und er geht hier offensichtlich von plebiszitären Entscheidungen aus, wie dies auch die weiteren Ausführungen Kants belegen. Seltsamerweise rekurriert das Theorem vom Demokratischen Frieden nicht auf diese Prämisse, sondern reduziert dieses auf „Demokratien“, die untereinander keinen Krieg führen. Der Begriff der Demokratie bleibt dabei äußerst vage und bestenfalls formal. Gäbe es wirklich demokratische, nämlich plebiszitäre Entscheidungen, so hätten uns diese wohl die zahlreichen, von Demokratien geführten Kriege gegen „Nicht-Demokratien“ seit dem Ende der Bipolarität (einschließlich jenes offiziell dem Demokratie-Export gewidmeten Krieges gegen den Irak) erspart!

<sup>6</sup> Koppe, Karlheinz: Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung; in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens und Konfliktforschung, 4. überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2006, S. 17 – 66.

verändere jene gesellschaftlichen Voraussetzungen, die bisher immer wieder zum Krieg geführt haben'.<sup>7</sup> Und Eike Hennig, der sich inzwischen längst von der Friedensforschung verabschiedet hat, kritisierte damals: „... die Mängel einer Abrüstungsforschung, die sich nicht als Kritik der politischen Ökonomie versteht und so die Halbheiten bürgerlicher Militarismuskritik erneut reproduziert, indem sie die realpolitische und –soziologische Basis der Aufrüstung nicht antastet.“<sup>8</sup>

Es war dieses normative Selbstverständnis der sich „kritisch“ nennenden Friedensforschung, das der bayrischen Staatsregierung den Anlass gab, ein Gutachten erstellen zu lassen, welches dann dem bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauss als Argument diente, um aus der von Bundespräsident Heinemann 1969 geforderten Etablierung der Friedensforschung und der daraufhin geschaffenen *Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung* (DGFK) auszutreten. Die übrigen CDU-geführten Länder folgten dann diesem Beispiel. Mit dem Regierungswechsel 1982/83 war dann das Schicksal der DGFK besiegelt. Zwar wurde Friedensforschung weiterhin unter dem Dach der DFG und ab 2001 von der neu gegründeten Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) gefördert, der ursprüngliche „kritische“ Anspruch der Friedensforschung, der sich teilweise in engen Bezügen zur Friedensbewegung zeigte, ging dadurch weitgehend verloren, denn die in der DGFK noch mögliche selbstbestimmte Forschung wurde nun, wie zu zeigen sein wird, den Kriterien des herrschenden Wissenschaftsbetriebs unterworfen.

## **2. Die Entpolitisierung der Friedensforschung.**

Es wäre allerdings zu einfach, wollte man die Veränderungen, die in der Friedensforschung seit Ende der 80er, vor allem seit den 90er Jahren beobachtbar sind, ausschließlich auf das Ende der DGFK zurückführen, obwohl dies sicherlich einen Anteil daran hat. Denn: Friedensforschung und ihre Förderung waren damit nicht beendet, aber sie fand unter anderen Vorzeichen statt, die Bewilligung konsequent „kritischer“

---

<sup>7</sup> Krippendorff, Ekkehart: Einleitung; in: Ders. (Hrsg.): *Friedensforschung*, Köln/Berlin 1970 S. 13 – 23, hier S. 23.

<sup>8</sup> Hennig, Eike: *Die Rüstungsgesellschaft und ihre Interessen*; in: Krippendorff: *Friedensforschung* a. a. O. S.275 – 319, hier S. 318.

spricht: emanzipatorischer und auf gesellschaftliche Veränderungen zielender Projekte wurde erheblich erschwert, Friedensforschung sollte – und das tat sie dann auch zunehmend – eingebunden werden in den tagespolitischen Entscheidungsprozess. Zwar existierte Friedensforschung weiter an verschiedenen Instituten, die seit nunmehr 17 Jahren das „Friedensgutachten“ herausgeben, aber ihrerseits zunehmend abhängig sind von Drittmittelfinanzierungen aus Ministerien und regierungsnahen Einrichtungen. Dies hat zweifelsohne Einfluss auf die wissenschaftliche Produktion, die sich zwar friedlicher Konfliktlösung verpflichtet fühlt, aber außenpolitische Grundprämissen nicht mehr in Frage stellt, sondern statt dessen ein von Seiten der Regierung vorgegebenes Politikziel unhinterfragt übernimmt. Dies zeigt sich deutlich an den jährlichen *Friedensgutachten*, die dezidiert politische Handlungsanweisungen entlang des *mainstreams* der Politik entwickeln, aber schon längst nicht mehr Militär und militärische „Lösungen“ von Konflikten ablehnen: Exemplarisch steht hierfür etwa Sabine Mannitz von der HSFK:

*„... den Deutschen sollte bewusst sein, dass auch friedenssichernde Militäreinsätze Verwundete und Tote fordern können, denn der Souverän ist seiner Armee eine belastbare Begründung dafür schuldig, sie solchen Risiken auszusetzen. ... Das ‚Wofür‘ ist demokratisch zu klären: Wenn entschieden ist, unter welchen Umständen wir Militäreinsätze für gerechtfertigt halten, wird man sehen, ob künftig Weltbürger in Uniform gefragt sind oder dienstbare Kämpfer. Werden deutsche Soldaten künftig rein auf die Kampffunktion hin entworfen, sollte man sich freilich der Illusion entledigen, ein zivil eingehegtes Militär zu unterhalten, das dem Normenkodex von Menschen –und Völkerrecht vorrangig Beachtung schenkt.“<sup>9</sup>*

Deutlicher könnte der Kontrast nicht sein zu jener kleinen (radikalen?) Minderheit, die sich weiterhin der kritischen Friedensforschung verpflichtet fühlt und – wie Galtung und Krippendorff - im Militär kein Friedensinstrument erkennen können:

*„In keinem Falle aber wird die Friedensforschung solche Therapien vorschlagen, die den Einsatz von Militär - und sei es nur als flankierende Maßnahme oder 'ultima ratio' - vorsehen. Militärgegnerschaft und radikale Militärkritik sind das Korrelat ihres pazifistischen Profils.“<sup>10</sup>*

---

<sup>9</sup> Mannitz, Sabine: Soldatenbild im Wandel; in: *Friedensgutachten 2007*, Berlin 2007, S. 98 – 109, hier S. 108f.

<sup>10</sup> s. o.

Zu dieser noch immer existenten Minderheit gehört etwa auch Fritz Vilmar, der noch immer den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und Friedlosigkeit sieht und für forschungsrelevant hält:

*„Kritische Friedensforschung beinhaltet, dass Friedensforschung nach unserer Auffassung adäquat nicht ohne einen grundlegend gesellschaftskritischen, genauer gesagt: herrschaftskritischen Bezug betrieben werden kann, weil alle primär psychologischen, vom Einzelmenschen ausgehenden Ansätze in einer fundamentalen Weise verkennen, dass die Kriegsgeschichte, die Geschichte als ‚organisierte Friedlosigkeit‘ in einem konstitutiven Sinne mit der Herrschaft von Menschen über Menschen zusammenhängt.“<sup>11</sup>*

Es wäre zu einfach, den Instituten und einer wachsenden Zahl von deren Mitarbeitern zu unterstellen, sie machten sich zu Apologeten der herrschenden Verhältnisse. Sicher spielt, wie oben kurz bemerkt, die Frage der Forschungsfinanzierung eine Rolle, so wie der Siegeszug des Neo-Liberalismus wirklich „freie“ und deshalb gerade Grundlagenforschung nahezu unmöglich macht. Inner- wie außer-universitäre Forschung ist inzwischen so gut wie völlig abhängig von so genannten Drittmitteln, die bei meist interessegeleiteten Institutionen eingeworben werden müssen. Zugleich ist solche Forschung – und vor allem ihr finanzielles Volumen – inzwischen zum harten Kriterium der Wissenschaftlichkeit geworden und spielt – etwa bei Berufungsverfahren – eine oft entscheidende Rolle bei der Listenplatzierung von Bewerberinnen und Bewerbern.

Entscheidender, aber vielleicht nicht unabhängig davon, scheint ein inzwischen erfolgter Paradigmen-Wandel in den Sozialwissenschaften, der durchaus einhergeht mit einem Generationenwechsel: Nicht nur marxistische, sondern auch jede Art von analytischen Ansätzen sind konstruktivistischen Ansätzen gewichen: Hier ist nicht mehr der Konflikt Gegenstand der Untersuchung, sondern der Diskurs über den Konflikt. Dem Wissenschaftler/der Wissenschaftlerin ermöglicht dieser Ansatz die – scheinbar – objektive Distanz zum Gegenstand, die ja für eine positivistische Wis-

---

<sup>11</sup> Vilmar, Fritz im Interview mit Ulrike Wasmuth im Februar 1992. In: Wasmuth, Ulrike: Geschichte der deutschen Friedensforschung; Münster 1998, S. 36.

senschaft Voraussetzung ist.<sup>12</sup> Die - distanzierte - Analyse des Diskurses scheint die Objektivität wissenschaftlicher Untersuchung zu garantieren. Vor allem aber garantiert sie, dass der/die Untersuchende nicht selbst Position beziehen muss: Er ‚dekonstruiert‘ ja nur Diskurse, untersucht, was gesagt wird, ohne zum Gegenstand selbst Stellung zu beziehen. Wenn dann Ergebnisse solcher Untersuchungen für politische Entscheidungen genutzt werden, so geschieht das auf der Ebene des politischen Systems, Wissenschaft und vor allem „Friedenswissenschaften“ verhalten sich, als seien sie daran nicht mehr beteiligt, denn Wissenschaft liefert bestenfalls noch Entscheidungsalternativen, für die sie jedoch die Verantwortung ablehnen: Das Normative wird Anderen überlassen. Der vermeintlich überwundene Positivismus hat damit seinen siegreichen Einzug durch die Hintertür erfolgreich vollzogen.

Hanne-Margret Birckenbach diagnostiziert für die 90er Jahre einen allgemeinen politischen Sinneswandel, den sie vor allem in Veränderungen innerhalb der Friedensbewegung lokalisiert.<sup>13</sup> Sie schildert, wie nicht nur die Protagonisten vor allem der den GRÜNEN nahe stehenden Friedensbewegten, plötzlich von der Politik umworben werden, ihrerseits jedoch längst auf dem Marsch in deren Institutionen sind. Gezeigt wird zugleich, dass vor allem über die Popularisierung des Menschenrechtsdiskurses die Interventionsbereitschaft steigt. Vor diesem Hintergrund scheint die These plausibel, dass Friedensforschung hier einem Zeittrend folgt und Teil einer Entwicklung ist, die breite Teile der Gesellschaft erfasst hat. Dies betrifft offensichtlich die (bisherige) Identität gerade auch der Friedensforscherinnen und Friedensforscher, die ihr eigenes Handlungspotenzial freiwillig beschränken und sich in die herrschenden Verhältnisse hinein begeben. Die sicherlich vielfältigen Gründe hierfür können an dieser Stelle nicht im Einzelnen herausgearbeitet werden.

Festzuhalten bleibt: Der inzwischen weitgehend vollzogene Paradigmenwandel der Friedensforschung zeichnet sich aus durch die freiwillige Einordnung in den herrschenden Wissenschaftsbetrieb, den zu bekämpfen sie einst angetreten war. Er manifestiert sich in der Entwicklung von Taxonomien für „Friedensforschung und Kon-

---

<sup>12</sup> S. exemplarisch: Schrader, Lutz: Diskurse zum ‚Empire‘-Konzept in den Vereinigten Staaten; in: Jaberg, Sabine/Schlotter, Peter: Imperiale Weltordnung – Trend des 21. Jahrhunderts? Baden-Baden 2005, S. 94 – 114.

<sup>13</sup> Birckenbach, Hanne-Margret: Friedensbewegung im Umbruch; in: Dominikowski, Thomas/Mehl Regine (Hrsg.): Dem Humanismus verpflichtet. Zur Aktualität pazifistischen Engagements, Münster 1994, S. 28 – 41.

fliktlösung“, die sich letztlich wertfrei präsentieren und damit behaupten, den Anforderungen von Wissenschaftlichkeit optimal zu entsprechen.<sup>14</sup> Dass solche „Wertfreiheit“ ihre eigene Normativität nur kaschiert, wird allein dadurch deutlich, dass schon die Auswahl des Forschungsgegenstandes gesellschaftlichen Interessenlagen entspringt, und dass ihre Ergebnisse im *mainstream* der Medien nur zur Kenntnis genommen werden, wenn sie für herrschende Vorstellungen von Konfliktlösung „relevant“ zu sein scheinen. Konstruktivistische Ansätze ziehen sich vorzugsweise auf die Analyse von Begrifflichkeiten zurück, ohne deren normative Aufladung oder interessegeleitete Nutzung überhaupt sehen zu können oder zu wollen.<sup>15</sup>

Friedenswissenschaft reduziert sich hier auf technizistische Diagnostik, sie verzichtet auf die Frage nach historischen Determinanten, nach Interessen als zentraler Triebkraft von Konflikten! All diese elementaren Fragen, die für die Entwicklung einer Friedensstrategie zentral sind, bleiben ausgeblendet, Lösungsstrategien werden folglich nicht mehr aus den konkreten Konflikten heraus entwickelt, sie können dem Baukasten einer scheinbar praxeologischen Theorie entnommen werden, die jedoch beliebig und damit unpräzise und abstrakt – und deshalb wissenschaftlich? – bleibt. Nein: Die vorgeblich behauptete Suche nach wissenschaftlicher Objektivität entpuppt sich als Glasperlenspiel mit Begrifflichkeiten, die zweifelsohne beeindruckend, die aber für die wissenschaftlich begründete Suche nach Friedensstiftung in ihrer Abstraktion verharren und praxeologisch irrelevant bleiben. Die scheinbare Verwissenschaftlichung in Form einer absichtsvollen Entpolitisierung, die auch als Positions-Vermeidung bezeichnet werden könnte, findet hier ihren geradezu perfektionierten Ausdruck. Solche Friedensforschung ist schlicht unangreifbar – und zugleich irrelevant.

Frieden, Konflikt, Krieg und die Vermeidung des Letzteren verlangen eine Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse und die Benennung von Ursachen. Diese manifestieren sich nicht nur in offener Gewalt, sie zeigen sich in den strukturellen Gewaltverhältnissen, die die Gesellschaften prägen – von Ausbeutung und Unterdrückung, von historisch gewachsenen Gewaltverhältnissen bis in die Geschlechterbeziehungen.

---

<sup>14</sup> Ein Musterbeispiel hierfür liefert der einführende Beitrag von Bohnacker, Thorsten / Imbusch, Peter: Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden; in : Imbusch; Peter /Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. 4. überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2006, S. 67 – 142.

<sup>15</sup> Exemplarisch hierzu der Abschnitt „Konflikt“, a. a. O. S. 68 – 80.

Diese zu benennen macht Friedensforschung unbequem, ja trägt in sich den Keim zu Veränderungen in Richtung auf eine friedlichere Welt. Zu Recht stellt Krysmanski fest:

Als ein Vergesellschaftungsmoment, d. h. als eine Form der sozialen Inbeziehungsetzung und Verknüpfung von Einzelnen und Gruppen, durchziehen ‚strukturelle Gewaltverhältnisse‘ die Gesellschaft bis in den letzten Winkel. Wenn Friedenswissenschaft die Aufgabe zu formulieren beginnt, nicht nur personale, sondern gerade eben auch strukturelle Gewalt – als letzte Quelle von Friedlosigkeit – abschaffen zu wollen, sticht sie gewissermaßen in das Wespennest aller etablierten gesellschaftlichen Struktur. Sie stellt letztlich – und ist dann auf die entwickeltsten Formen sozialtheoretischer Reflexion ebenso angewiesen wie jene auf sie – *das Problem der Freiheit in Gesellschaft*. (Hervorhebung im Original).<sup>16</sup>

Solcherart verstandene Friedenswissenschaft aber stößt an die herrschenden Verhältnisse, sie eckt an, sie stört, sie provoziert.

### 3. Auf zu neuen Ufern?

Friedensforschung ist, wie man so schön im Neusprech sagt „in der Gesellschaft angekommen“. Hatte noch das erste Friedensgutachten von 1987 (damals herausgegeben von drei Instituten) große Aufmerksamkeit und teils harsche Kritik hervorgeufen, so ist inzwischen die alljährliche Präsentation zu einem normalen Ritual geworden. Auch beansprucht das Gutachten, von wenigen Beiträgen abgesehen,<sup>17</sup> nicht mehr, Ort der Kritik von Militärpolitik zu sein. Es ist vielmehr im weitaus größten Teil der Beiträge zum wohlwollend-kritischen Begleiter der deutschen Außen- (und Militär-)Politik geworden und sieht diese eingebettet in nationale Interessen und internationale (Bündnis-)Verpflichtungen Deutschlands. Die zahlreichen Länder- bzw. Konfliktanalysen sind sicherlich dem Oberziel der friedlichen Konfliktlösung verpflichtet, sehen aber in zunehmendem Maße gerade das Militär auch als Instrument von Friedenspolitik. Die solcher Politik inhärente Gefahr einer – bescheiden ausge-

---

<sup>16</sup> Krysmanski, Hans Jürgen: Soziologie und Frieden, Opladen 1993, S. 154.

<sup>17</sup> Hier wäre an erster Stelle Reinhard Mutz zu nennen.

drückt - schleichenden Militarisierung der Außenpolitik und des Beitragens zur Erosion des Völkerrechts<sup>18</sup> wird allenfalls am Rande thematisiert.

Die etablierten Institute für Friedensforschung sind nicht nur an der Publikation der Friedensgutachtens beteiligt, sie verstehen sich durchaus auch als *Think Tanks* der Bundesregierung im Sinne vorausschauender Politikberatung. So war beispielsweise die Bildung der „rot-grün“ genannten Koalition dem dieser Koalition nahe stehenden *Institut für Entwicklung und Frieden* (INEF) Anlass, in einem *policy-paper* der Bundesregierung das von der NATO entwickelte Konzept zivil-militärischer Zusammenarbeit (CIMIC) zu empfehlen:

*„Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) sollte sich stärker als bislang an diesem Austausch (über krisenrelevante Entwicklungen in Entwicklungsländern W.R.) beteiligen und seine Erfahrungen zum Beispiel mit peace-keeping-Einsätzen einbringen, damit künftige Einsatzmandate realitätsnäher formuliert und in besserer Abstimmung mit den Aktivitäten der Zivilgesellschaft vorbereitet werden können.“<sup>19</sup>*

Das hier angesprochene CIMIC-Konzept,<sup>20</sup> das in der Praxis des Afghanistan-Krieges in der Form der *Provincial Reconstruction Teams* (PRT) gescheitert ist, wird von den Autoren an keiner Stelle problematisiert, obwohl offenkundig ist, dass hiermit die Militarisierung der Entwicklungshilfe eingeleitet wird, dass die Grenze zwischen zivil und militärisch verwischt wird, vor allem aber dass letztlich die Mittel für wirklich zivile Konfliktbearbeitung in Richtung des Militärs umgewidmet werden, denn aus dem Verteidigungshaushalt fließen hierfür keine Mittel. So kann die Bundeswehr auf ihrer website stolz verkünden:

---

<sup>18</sup> Ruf, Werner: Die Erosion kodifizierten Völkerrechts durch die politische Praxis der Staaten; in: Ja-berg/Schlotter a. a. O., S. 215 – 235.

<sup>19</sup> Debiel, Tobias/Fischer, Martina/Matthies, Volker/Ropers/Norbert.: Effektive Krisenprävention. Herausforderungen für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik, INEF Policy Paper Nr. 12, 1999, S. 7.

<sup>20</sup> Zu einer ausführlichen Kritik von CIMIC s. Ruf, Werner: Zivil-militärische Zusammenarbeit aus friedenspolitischer Sicht; in: Luedtke, Ralph-M./Strutynski, Peter (Hrsg.): Neue Kriege in Sicht. Kassel 2006, S. 76 -85. Hier ist auch daran zu erinnern, dass das CIMIC-Konzept bereits Teil der mörderischen psychologischen Kriegführung Frankreichs in Algerien war: Die damals entwickelten Zielvorstellungen gleichen sich in verblüffender Weise mit den jüngeren Vorstellungen der NATO, die jetzt auch von der Bundesrepublik Deutschland übernommen wurden. Und ebenso wie im Falle der PRTs hat damals schon letztlich das Militär Führung und Ausrichtung übernommen. S. hierzu: Lazreg, Marnia: Lazreg, Marnia: Torture and the Twilight of Empire. From Algiers to Baghdad. Princeton University Press. Princeton and Oxford. 2008, S. 39f.

„In den Einsatzgebieten der Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan wurden bis Ende April diesen Jahres CIMIC-Projekte im Gesamtwert von circa 38 Millionen Euro umgesetzt. Die Spanne der "Geldgeber" reicht vom Auswärtigen Amt oder dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über Bundesländer, Städte und Gemeinden, nationale und internationale Organisationen bis hin zu freigiebigen Privatpersonen. Auch Bundeswehrangehörige in Deutschland oder im Einsatzgebiet spenden oder sammeln Spenden. Allein bei der Kosovo Force (KFOR) sind seit 2003 425.000 Euro für CIMIC-Projekte gesammelt worden. Bei der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan haben Soldaten im letzten Quartal 2003 rund 18.000 Euro gespendet. In 2004 sind bislang 25.000 Euro aufgebracht worden. Der von Soldaten getragene Verein "Lachen helfen" hat 10.000 Euro bereitgestellt. **Mittel aus dem Verteidigungshaushalt werden nicht für CIMIC-Projekte eingesetzt** (Hervorhebung: W.R.). Die Bundeswehr stellt lediglich das notwendige Personal, Material und technische Gerät.“<sup>21</sup>

Und CIMIC führt zu einer schleichenden Militarisierung der nach außen gerichteten zivilen Instrumente nationalstaatlicher Politik:

„So wird die Projektarbeit auf Ebene der Ministerien bei Bedarf zwischen den Ressorts Verteidigung, Inneres, wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Auswärtigen Amt abgestimmt. Verbindungen zur Gesellschaft für technische Zusammenarbeit hält das Einsatzführungskommando, dem alle Bundeswehrkräfte im Auslandseinsatz unterstehen.“<sup>22</sup>

Auch die gezielte Vermengung militärischer und ziviler Instrumente entstammt einer weiteren Studie des INEF, die die Forderung erhebt, die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik als eine Einheit zu betrachten,<sup>23</sup> und deshalb eine Ressort übergreifende Einrichtung zur Krisenbewältigung zu schaffen, in der vertreten sein sollen: AA, BMZ und BMVg. Damit orientiert sich dieses Konzept konsequent an den „Pe-

---

<sup>21</sup> [http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04\\_Sj9SPYkssy0xPLMnMz0vM0Y\\_QjzKLd4w39bQE\\_SUGYpvq-RaGKGbn4lsSB9b31fj\\_zcVP0A\\_YLc0lhyR0dFALNCmZY/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVV\\_FLzZfQV8xUzI!/?yw\\_contentURL=/C1256EF4002AED30/N264HLPF973MMISDE/content.jsp](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPYkssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd4w39bQE_SUGYpvq-RaGKGbn4lsSB9b31fj_zcVP0A_YLc0lhyR0dFALNCmZY/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVV_FLzZfQV8xUzI!/?yw_contentURL=/C1256EF4002AED30/N264HLPF973MMISDE/content.jsp) abgerufen 06-02-06.

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> Deibel, Tobias/Klingebiel, Stephan/Mehler, Andreas/Schneckener/Ulrich.: Between Ignorance and Intervention. Strategies and Dilemmas of External Actors in Fragile States, INEF Policy Paper Nr. 23, Januar 2005. S. 10f.

tersberg-Aufgaben“,<sup>24</sup> die allerdings jetzt nicht mehr eine exklusiv militärische Angelegenheit sein sollen sondern durch zivile Dimensionen angereichert werden.

Dass dies keine “kritische“ Friedensforschung mehr ist, liegt auf der Hand – aber ist dies überhaupt noch Friedensforschung? Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wird hier nicht mehr auf ihre Ziele hin hinterfragt. Militär gerät so im herrschenden Diskurs zu einem „zivilisatorischen“ Instrument, das sich im Kern nicht mehr unterscheidet von Entwicklungshilfe oder Auswärtiger Kulturpolitik. Sie ist prinzipiell „gut“, sie soll (und kann) nur noch optimiert werden. Diese Art von Friedensforschung kleidet sich staatstragend, die Militärkritik ist aus dem Betrachtungsfeld verschwunden. Damit verschwindet auch das (politische!) Ziel, mit dem Friedensforschung s einmal angetreten war, nämlich die internationalen Beziehungen zunehmend gewaltfrei zu gestalten und vorhandene auch zwischenstaatliche und innerstaatliche Konflikte mit zivilen Instrumentarien zu lösen. Militär ist in solchen Entwürfen nicht einmal mehr die immer wieder beschworene *ultima ratio*, nein es ist organischer Bestandteil von Außen- und Entwicklungspolitik.

Die technizistische und scheinbar aseptische Sprache suggeriert Wertfreiheit. Die dahinter verborgene Normativität wird ebenso kaschiert wie auch die Interessen, denen dabei zugearbeitet wird. Von der kritischen Friedensforschung haben sich große Teile der institutionalisierten Friedensforschung verabschiedet, statt dessen stellen sie sich unkritisch in den Dienst nationaler Außenpolitik und der Verfolgung der von dieser vorgegebenen Interessen. Genau dies erklärt, weshalb der *mainstream* der aktuellen Friedensforschung auch auf jede historische Dimension verzichtet: Deutsche und westliche Außenpolitik werden nicht nur nicht auf ihre Interessen befragt, Konfliktanalyse blickt auch nicht mehr auf die historischen Ursachen von Konflikten, die gerade in den Ländern des Südens zum größten Teil Folge der Kolonialpolitik sind. Diese Ursachen zu beschreiben, wird mittlerweile wohl zum Privileg von Kritikern, die nicht der Friedensforschung entstammen.<sup>25</sup>

---

<sup>24</sup> Die 1992 noch von der WEU definierten Petersberg-Aufgaben umfassen „humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“. Diese Aufgaben sind inzwischen von der EU im Rahmen ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheits-Politik übernommen worden und Grundlage der am 12. Dezember 2003 beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie geworden.

<sup>25</sup> S. hierzu die beeindruckende Arbeit von Todenhöfer, Jürgen: Warum tötest Du, Zaid?, Gütersloh 2008.

Diese Entwicklung der Friedensforschung erklärt auch, warum ihre Interessenvertretung, die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, nicht mehr in der Lage ist, zu völkerrechtswidrigen Kriegen eine geharnischte Protesterklärung der hierfür zuständigen wissenschaftlichen *community* abzugeben, geschweige denn zu aktuellen Konflikten öffentlich Stellung zu beziehen, wie dies in den Anfangsjahren der Vereinigung üblich war. Letzte Spuren einer sich öffentlich engagierenden, für Frieden und Konfliktlösung eintretenden Friedensforschung finden sich dann allenfalls in Initiativen, die nicht mehr im Namen der AFK sprechen (können), wenn sie auch im Kern aus der Mitgliedschaft der AFK stammen, wie beispielsweise die Gruppe des „Manifests der 25“, die im Interesse der Sicherheit und des Friedens aller am israelisch-palästinensischen Konflikt Beteiligten an die Öffentlichkeit getreten ist.<sup>26</sup>

Friedensforschung, die auf die Kritik des Militärs verzichtet, die nicht mehr nach den Ursachen von Gewalt fragt, kann ihren elementaren Anspruch nicht mehr einlösen – sie macht sich überflüssig; Politikberatung und technizistische Konflikttherapie können die etablierten sozialwissenschaftlichen Disziplinen allein ebenso gut. Nach 40 Jahren AFK scheint der emanzipatorische und interdisziplinäre Anspruch der AFK dem (neuen) Zeitgeist zum Opfer gefallen zu sein. Jedoch: Der Zeitgeist selbst ist eben gerade kein unhistorisches und vor allem ein wandelbares Wesen. In unserem Falle gründet er sich auf eine noch immer lebendige politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland, die noch immer gespeist wird von den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. Sie haben der Friedensbewegung den Antrieb gegeben, sie waren das Fundament, auf dem Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts der mächtige Aufstand gegen die Nachrüstung stattfand. Sie und die 68er Bewegung hatten uns die Kritische Friedensforschung beschert.

Dieser Antimilitarismus als Teil einer deutschen politischen Kultur zeigte sich trotz aller unisono vorgetragenen Propaganda während des (völkerrechtswidrigen!) Krieges gegen Jugoslawien. Er ist auch Basis der Auslandseinsätze der Bundeswehr, deren derzeit wichtigster und prominentester in Afghanistan konstant von einer um

---

<sup>26</sup> Warum die „besonderen Beziehungen“ zwischen Deutschland und Israel überdacht werden müssen. Manifest der 25. Frankfurter Rundschau, 15. Nov. 2006.

70% schwankenden Mehrheit der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger abgelehnt wird. Das offiziell gefeierte Konzept von CIMIC erweist sich nicht nur als propagandistischer Bluff, es wird vor allem von den Hilfsorganisationen selbst abgelehnt und als kontraproduktiv entlarvt.<sup>27</sup> Kritische Friedensforschung bedarf der kritischen Masse in der Bevölkerung. Sie wird mehr von den realen Ereignissen mobilisiert als von der Wissenschaft.<sup>28</sup> Dies aber darf für die Reste der Kritischen Friedensforschung kein Grund sein, auf das Hineinwirken in diese Öffentlichkeit zu verzichten. Teil dieser Nachhut, die bald auch wieder Vorhut sein könnte, war und ist Reiner Steinweg, dem an dieser Stelle gedankt werden soll – nicht ohne ihm zu wünschen, dass er seine engagierte Arbeit noch viele Jahre fortsetzen möge!

---

<sup>27</sup> An der Spitze dieser Ablehnungsfront steht die keineswegs linker Ideologien verdächtige Deutsche Caritas. S. <http://www.caritas-international.de/6086.html> [2. 8. 2008]. Vgl. auch die Position von medico international: <sup>27</sup> Gebauer, Thomas: Die Entpolitisierung des Humanitären. In: medico international. Rundschreiben 02/05, S. 24 – 25.

<sup>28</sup> Hier bleibt abzuwarten, ob das Erstarren der Partei Die LINKE als antimilitaristische Partei zur Herausbildung einer solchen kritischen Öffentlichkeit beizutragen vermag.